

gen für hundert Familien zu übernehmen, die bisher in Baracken in Slumvierteln an der äußersten Peripherie der Ewigen Stadt leben. Insgesamt leben rund 15.000 Menschen in Rom in Baracken.

Berichte

Das Genfer Delegiertentreffen westeuropäischer Priesterräte

Vorgeschichte

Die Initiative zu diesem Treffen ging von jenen Priestern aus, die anlässlich der letzten Bischofssynode im Herbst 1969 von der Kleuskongregation offiziell zu einem Gespräch über Priesterfragen eingeladen worden waren. Das Treffen selbst war von langer Hand vorbereitet. Im Auftrag dieser sogenannten „offiziellen Priester“, die im Sommer des vergangenen Jahres in Brüssel zusammengelassen waren, wurden zunächst von einer kleineren Gruppe die Trierer Thesen zum priesterlichen Amt erstellt. (Abgedruckt in der letzten Nummer von „Diakonia – Der Seelsorger“.) Während nun diese Thesen von den Vertretern der meisten westeuropäischen Länder als Arbeitsgrundlage akzeptiert wurden, lehnten die Delegierten Frankreichs sie als völlig indiskutabel ab. Sie legten ihrerseits einen Katalog offener Fragen vor, der an die Priesterräte der einzelnen Länder mit der Bitte um Beantwortung versandt werden sollte. Da aber der französische Vorschlag in den anderen Ländern erst recht keine Gegenliebe fand, wurde ein neuerliches Treffen der Delegierten notwendig, das im Dezember vorigen Jahres in Paris stattfand. In zähem Ringen wurde dort eine neue Unterlage geboren, die, in sechs Kapitel gegliedert, ein Kompositum von offenen Fragen und konkreten Vorschlägen darstellte. Die einzelnen Kapitel waren wie folgt überschrieben:

1. Sendung der Kirche in der Welt von heute
2. Auftrag und Amt des Priesters
3. Priester und Arbeit
4. Der priesterliche Zölibat
5. Autorität und Initiativen in der Kirche
6. Ausbildung und Fortbildung des Priesters.

In dieses wesentlich umfangreichere neue Dokument fanden viele Vorschläge des Trierer Papiers Eingang, es war jedoch zu einer sehr deutlichen Entschärfung gekommen. Das Pariser Papier, von allen als Kompromiß mit manchen Mängeln empfunden, trat seinen Weg in die westeuropäischen Priesterräte an; die Antworten darauf, kapitelweise von dazu bestimmten nationalen Delegationen zusammengefaßt, bildeten die Diskussionsgrundlage des großen Genfer Treffens.

Teilnehmer des Treffens

An der Genfer Konferenz nahmen 75 delegierte Priester aus Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Irland, Italien, Malta, Norwegen, Österreich, Schottland, Schweden, der Schweiz und Spanien teil. Für die großen Länder waren je zwölf, für die mittleren je sechs, für die ganz kleinen Länder je ein Delegierter vorgesehen. Der Modus der Delegation der Priester war nicht überall der gleiche. In der Regel erfolgte die Entsendung durch die Priesterräte, jedoch gab es auch Abgesandte vergleichbarer kirchlich-offizieller Gremien, da Priesterräte noch nicht überall eine feste Einrichtung geworden sind. Manche Abordnung (z. B. die der Iren) war auch einfach von den Bischöfen entsandt. Vertreter freier Priestergruppen (Solidaritätspriester u. ä.) wurden jedoch nur als Beobachter zugelassen; ihnen war es in der Versammlung nicht einmal erlaubt, das Wort zu ergreifen. Gerade im Hinblick auf die Ergebnisse ist es nicht unerheblich, sich diese Zusammensetzung der Konferenz vor Augen zu halten.

Sehr positiv wurde die Teilnahme von sieben Bischöfen an den Beratungen vermerkt. Es handelte sich hier um den Ortsbischof von Lausanne-Genf-Fribourg, Msgr. Mamie, ferner um die Bischöfe von Annecy (Frankreich), Malaga (Spanien) und Oslo (Norwegen) sowie um die Weihbischöfe von Linz (Österreich), Paderborn (Deutschland) und Namur (Belgien).

Verlauf der Konferenz

Die Debatten des Kongresses waren durchgehend geprägt von Verantwortungsbewußtsein und großer Sachlichkeit sowie von der Sorge um die Kirche, um die Menschen und

besonders um die Kollegen im Priesteramt, die oft unter schwierigsten Bedingungen ihren Dienst leisten. Es dürfte ohne Zweifel gelungen sein, über alle Sondermeinungen hinweg viele der eigentlichen Probleme und offenen Fragen in der Kirche von heute zu diskutieren und – so gut das im Augenblick nur möglich ist – Antworten und Lösungsmöglichkeiten aufzuweisen. Selbst die Äußerung gegensätzlichster Meinungen war stets vom Bemühen um Einheit begleitet, so daß eigentlich nie der Eindruck einer in sich gespaltenen Kirche, einem heute so oft beschworenen Schreckbild, entstand. Nur Vorschläge, die eine Zweidrittelmehrheit der Stimmen erhielten, wurden Texte der Versammlung. Es ist bezeichnend, daß die meisten Thesen diese breite Zustimmung fanden. Allzu progressive und allzu konservative Eingaben wurden abgelehnt, man verfolgte vielmehr eine Linie der aufgeschlossenen Mitte, einer Mitte freilich, die notwendige Neuordnungen möglichst bald in die Wege geleitet sehen will.

Richtungweisend für die Zukunft war die enge, kollegiale Zusammenarbeit von Priestern und Bischöfen über die Grenzen von Ländern und Meinungsrichtungen hinaus. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit wurde nicht zuletzt durch das tägliche gemeinsame Gebet und durch die Konzelebration, die jeden Abend stattfand, gestärkt und gehoben.

Wichtige Ergebnisse

Ein erstes, bedeutsames Ergebnis dieser internationalen Bemühungen um die Priesterfrage darf man in den aus den nationalen Antwortschreibern erstellten Berichten zu den einzelnen Kapiteln des Pariser Dokumentes erblicken. Diesen Berichten, die noch im Laufe des Sommers zusammen mit den abgestimmten Resolutionen veröffentlicht werden sollen und die in der Berichterstattung bisher fast völlig übergangen wurden, kommt auf Grund der breiten Basis der Meinungserhebung sehr großes Gewicht zu.

Vergleich mit Trier

Da die Resolutionen aus Genf zu einem späteren Zeitpunkt sicher zur Gänze publiziert werden, soll hier versucht werden, das

Schicksal der dem Leser bereits bekannten Trierer Thesen zu verfolgen, das heißt, diese Thesen mit den Genfer Ergebnissen zu vergleichen. Der Vergleich ist deshalb nicht ganz einfach, weil die Kapiteleinteilung des Genfer Dokumentes dem in Paris erstellten Papier (siehe weiter oben) folgt, welches seinerseits von der Trierer Ordnung völlig abweicht.

Die Trierer Thesen sprachen in einem ersten Abschnitt (I) über die Teilnahme des Priesters am Leben der Menschen und am Aufbau der Welt. Diesbezügliche Aussagen finden sich wieder in den Kapiteln 1 und 3 des Genfer Dokumentes, allerdings viel differenzierter und ausgewogener. Auch Genf spricht davon, daß der Priester mitten in der Welt, mitten unter den Menschen stehen muß, betont jedoch wesentlich stärker seine spezifische geistliche Aufgabe. Der Priester muß zwar, so wird betont, wie Christus auch in konkreten Fällen gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit auftreten, jedoch soll er immer deutlich machen, daß die Aufgabe der Kirche keine direkt politische, wirtschaftliche oder soziale ist. Der Priester soll immer der Mann der Einheit der christlichen Gemeinde bleiben, er soll beachten, daß die unmittelbare politische Arbeit dem Laien zukommt. Die Kirche kann sich keiner politischen Richtung völlig verschreiben, sie muß vielmehr freibleiben, das anzuklagen, was dem Evangelium widerspricht, und das zu fördern, was ihm konveniert.

Die wohl etwas zu simple Forderung aus Trier, jeder Geistliche müsse einen Beruf erlernt haben, um von innen her die fundamentale Gegebenheit menschlicher Arbeit zu kennen, scheint in Genf in dieser Form nicht mehr auf. Gewiß wird auch hier von den Priestern verlangt, sie müßten teilhaben am Leben und an den Verhältnissen derer, zu denen sie gesandt sind, auch hier wird die Möglichkeit des missionarischen Ausübens weltlicher Berufe durch Priester betont und auf neue wünschenswerte Formen priesterlichen Dienstes, wie etwa die Weckung von Priesterberufen bei berufstätigen apostolischen Laien, hingewiesen. Jedoch wird ebenso ausdrücklich gesagt, die pastorale Sorge um den Aufbau einer christlichen Gemeinde sei an sich schon eine wertvolle und anstrengende menschliche Arbeit, die auf Grund der Sorge

um den Menschen, die dabei Ausdruck findet, auch durch Nichtchristen anerkannt und als wirklicher Beruf angesehen werden kann. Diese Aussage hat im Trierer Papier gefehlt.

Neue Strukturen, neue Formen geistlichen Lebens

Die Aussagen des zweiten Trierer Kapitels (II) über die Priesterschaft und die Evangelisation der Welt finden Parallelen in den Abschnitten 2, 5 und 6 der Genfer Texte, doch auch diese Aussagen sind reicher geworden. Immer wieder verlangt die Konferenz eine Infragestellung bestehender Strukturen. Diese, und nicht irgendwelche Gründe persönlicher Art, sind in erster Linie schuld an der Krisensituation in der Priesterschaft. Das Auseinanderfallen von Dienst und geistlichem Leben muß überwunden werden, neue Formen des geistlichen Lebens sind, da die alten nicht mehr genügen, zu finden. Die Forderung nach größtmöglicher Freiheit für die Lebensform, für persönliche Verantwortung und pastorale Initiativen wird noch stärker erhoben als in Trier. Wörtlich heißt es in einer Resolution: Wir verlangen, daß das, was für alle obligatorisch ist, auf die absolut notwendigen wesentlichen Punkte beschränkt wird.

Dezentralisation und Kollegialität

Der Autorität und den Initiativen in der Kirche widmet Genf ein neues, sehr ausführliches Kapitel (5). Manches davon ist in Trier bereits angeklungen (unter II, III/C und IV), das meiste fehlte jedoch noch. Durchgehend wird in dem Abschnitt die Notwendigkeit intensiveren Dialogs zwischen Bischöfen und Priestern, die Bedeutung der verschiedenen nachkonziliaren Räte und die der Mitverantwortung der Priester in der Kirche betont. Das Wort Kollegialität (auch auf tieferen Ebenen, wie z. B. zwischen Pfarrern und Kaplänen) wird ganz groß geschrieben. Folgerichtig wird dann nach dem Prinzip der Subsidiarität eine größere Dezentralisation gefordert und bei aller Anerkennung päpstlicher und bischöflicher Rechte das Verlangen nach Mitwirkung bei Bischofsernennungen, aber auch bei Besetzungen diözesaner Ämter ausgesprochen. Ein zentralistischer Antrag der irischen Delegation – in Fragen des Zölibats solle jede Änderung dem Hl. Stuhl vorbehalten

sein – wurde einmütig abgelehnt. Die Forderung, daß die Meinung der Priester bei der Bischofssynode „sorgfältig beachtet“ werden müsse, fügt sich dem ganz selbstverständlich ein.

Priesterliche Ausbildung und Fortbildung

Recht ausführlich war in den Trierer Thesen (III) Ausbildung und Fortbildung der Priester behandelt worden. Das Genfer Dokument steht dem keineswegs nach, die Resolutionen gehen in dieselbe Richtung. Bemerkenswert sind neue Aussagen, wie: Berufungen sollten aus den Gemeinden selbst kommen, für die sie Priester sein werden, und die Glaubensgemeinschaften sollten bei der Vorbereitung, der Wahl und der Annahme von Kandidaten zum Amt mehr als bisher mitsprechen können. Sehr ausgewogen klingt der Satz: „Bezüglich der Priesterweihe von Frauen meinen wir, daß diese Frage offenbleiben soll und reifen muß.“ Daß, wie in Trier, eine Ausbildung mehr vom Leben her und unter stärkerer Hereinnahme der Humanwissenschaften, sowie eine Forcierung der späteren priesterlichen Fortbildung verlangt wird, sei nur am Rande vermerkt.

Heißes Eisen Zölibat

Bleibt uns noch ein Blick auf das letzte (IV.) Kapitel des Trierer Textes: Notwendige Strukturen, damit der Priester seinen missionarischen Auftrag erfüllen kann. Die Anliegen dieser Thesen finden sich an verschiedenen Stellen des Genfer Papiers und wurden, sieht man vom Zölibat ab, im Wesentlichen bereits erläutert.

Das heiße Eisen Zölibat behandelte Genf in einem eigenen Kapitel (4). An die Stelle von drei Trierer Punkten sind zwölf Resolutionen nebst einigen Ergänzungen getreten. Die Anerkennung des Wertes des Charismas priesterlicher Ehelosigkeit erfolgt grundsätzlich und einleitend, jedoch werden auch günstige Lebensbedingungen für seine Entfaltung verlangt. Es wird nicht bloß, wie in Trier, die Zulassung verheirateter Männer zur Priesterweihe als wünschenswert hingestellt, sondern erklärt, diese sollte nicht nur aus Gründen einer Notlage, sondern zur Bereicherung der christlichen Gemeinde erfolgen. Die Forschung bezüglich der Hintergründe und der

Implikationen des Zölibats soll fortgesetzt und eine wünschenswerte Entwicklung der diesbezüglichen Gesetzgebung in die Kompetenz der Bischofskonferenzen übertragen werden. Die lapidare Feststellung, ein Großteil besonders der jüngeren Priester empfinde die gesetzliche Verbindung von Priesteramt und Zölibat heute nicht mehr als sinnvoll und notwendig, drängt auf eine rasche Behandlung dieser Probleme.

Hinsichtlich der laisierten Priester verlangt die Genfer Konferenz eine Umarbeitung des letzten römischen Laisierungsdekretes durch die Bischofssynode mit dem Ziel, Form und Bedingungen für eine Weiterverwendung im kirchlichen Dienst mögen in Zukunft durch die Bischofskonferenzen festgelegt werden. Die gegenwärtige Gesetzgebung wird als unzureichend empfunden. Die Vollmacht zur Dispens vom Zölibat soll den Bischöfen übertragen werden, und es soll grundsätzlich keine Diskriminierung solcher Priester geben.

Alles enthalten

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß auf dem Weg von Trier über Paris nach Genf kein einziges Anliegen verlorengegangen ist. Im Gegenteil. Die Ergebnisse von Genf rechtfertigen den langen und oft mühsamen Arbeitsvorgang, sie sind wesentlich reicher, reifer und ausgewogener, als es die ersten Texte waren.

Echo auf das Genfer Treffen

Hier ist zunächst ein recht bedauerlicher Fehlbericht zu geben. Bis zur Abfassung dieses Berichts gab es aus Rom keinerlei Echo. Dies ist um so unverständlicher, als es doch Kardinal Wright (Präsident der Kleruskongregation) selbst war, der 1969 „offizielle Priester“ zu einem ersten Gespräch einlud und später auch bei einem Besuch in Wien repräsentative europäische Initiativen auf diesem Gebiet begrüßte. Schon die in der Phase der Vorbereitung für Genf an die Kleruskongregation gesandten Mitteilungen waren ohne Antwort geblieben.

Die in Rom erstellte Arbeitsgrundlage für die Diskussion in der Bischofssynode („Das priesterliche Dienstamt“) ist gewiß kein Echo auf das Treffen der Priester in Genf. Doch schon ein oberflächlicher Vergleich zeigt ein erstaun-

liches Übergehen brennendster Probleme im römischen Dokument.

Die deutsche Zeitschrift „Publik“ überschreibt ihren Bericht vom 30. April 1971 mit dem Titel „Freiheit für Eigeninitiative“. Sie stellt fest: „Wenn auch auf dem Genfer Treffen im Unterschied zu den Solidaritätsgruppen der schwarze Anzug und der Priesterkragen vorherrschten, eine Reihe Bischöfe als Gäste bei allen Sitzungen und Abstimmungen anwesend waren ... und die Zusammensetzung heterogener war, kamen die Priesterratsdelegierten in der Sache doch zu ähnlichen Ergebnissen wie die Solidaritätsgruppen.“ Der Beitrag schließt mit dem Hinweis darauf, daß sich die Bischofssynode mit drastischen Forderungen der europäischen und nordamerikanischen Priesterräte konfrontiert sieht. Der Papst würde nun vorgeschlagene Priester zu Auditoren der Synode ernennen. Bei ihm läge es auch, ob die Synode im „Klima eines ernstesten und offenen Dialoges“ verläuft.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 29. April 1971 unterstreicht die Repräsentanz der Konferenzergebnisse, wenn sie schreibt: „Durch Überzeugung, Taktik, aber auch durch nationale und sprachregionale Meinungsverschiedenheiten diktierte Mäßigung, durch ein säuberliches Ausscheiden konservativer sowie progressiver Stellungnahmen sind die Resolutionen des Genfer Treffens bestimmt. Sie dürften damit den Ansichten der Mehrheit der westeuropäischen Kleriker tatsächlich entsprechen. So gewinnen sie für die Bischöfe Gewicht, wenn diese ... über die Priesterfrage beraten.“

Auch die schweizerische „Orientierung“ stellt in der Ausgabe vom 15. Mai 1971 die keineswegs radikale Linie Genfs heraus, wenn sie ihren Artikel mit „Die Mitte bewegt sich“ überschreibt. Sie weist allerdings darauf hin, daß, was vor zwei Jahren noch rebellisch und vor einem Jahr noch „partikulär“ (holländisch) genannt wurde, sich jetzt bereits als gewöhnlich und – mindestens für Europa und Nordamerika – als universell präsentiert. Es fehle auch nicht an Anzeichen, daß auf der Synode aus anderen Kontinenten ähnliche Stimmen zu hören sein werden.

So bleibt zu hoffen, daß die Genfer Konferenz und vergleichbare Versammlungen anderswo bei der Bischofssynode in Rom nicht

ohne Nachhall und Frucht bleiben. Sicher könnte so vieles zur Besserung der Situation im Klerus geschehen.

Ein Übergehen der diesbezüglichen Bemühungen der Priester müßte das Vertrauensverhältnis zu den Bischöfen belasten und die Krise von heute womöglich noch verschärfen.

Hans Schinner, Wien

Glosse

Worüber die Wiener Synode kaum diskutieren wollte

Zur Psychologie einer Synode oder der Aufstand der Bürger in uns

Die folgende kritische Anmerkung zu einem Ereignis am letzten Tag der dritten und letzten Session der Wiener Diözesansynode vom 18. bis 22. Mai 1971 darf nicht als negative Beurteilung dieser Synode selbst oder auch nur ihrer dritten Session mißverstanden werden. Diese wie jene überhaupt sind vielmehr durchaus erfreuliche Ereignisse, über die unsere Zeitschrift schon berichtet hat und noch berichten wird. Die folgende Analyse wird nur vorgenommen, weil das Phänomen, um das es hier geht, nicht nur in Wien möglich ist und darum auch außer Wien Anlaß zu Überlegungen geben kann.

Die Synodalversammlung hatte in ihrer zweiten Session im Oktober 1970 den Auftrag gegeben, zur Ergänzung des „theologischen Grundtextes“ eine Vorlage zum Thema „Kirche und Welt“ auszuarbeiten, und die Bildung eines eigenen Ausschusses zur Erfüllung dieses Auftrages beschlossen. Der erste Teil dieser Vorlage, sieben Leitsätze zum Verhältnis von Kirche und Welt, wurde der Synodalversammlung im Januar 1971 zur Beschlußfassung vorgelegt und von dieser ohne Gegenstimme angenommen; zugleich wurde bekanntgegeben, daß weitere Texte zu einigen aktuellen Themen in Bearbeitung sind, an denen die Problematik des Verhältnisses von Kirche und Welt aufgezeigt und zugleich konkretisiert werden sollte.

Im Ausschuß arbeiteten im letzten Stadium noch mehrere Theologen, Juristen und Journalisten, eine Historikerin, ein Physiker, ein Industriedirektor, ein Architekt, ein Germanist und ein Politiker mit, alles Leute, denen an der Kirche liegt, die für sie – innerhalb und außerhalb der Synode – schon einige Zeit und Kraft investiert haben und die auch einigen Sachverstand besitzen. Der Ausschuß erstellte in langer und mühsamer Tag- und Nacharbeit einen 26seitigen Text, der den Synodalen mit den anderen Texten rechtzeitig zum Studium und zur Gegenüberlegung zugeleitet wurde. Ein Begutachtungsverfahren auf Pfarr- und Regionalebene wie für die anderen Synodentexte war nicht vorgesehen gewesen, da man sich dessen bewußt war, daß es sich um einen Text eigener Art handle, der überhaupt nicht in gültigen Leitsätzen, Resolutionen und Voten, sondern nur als Diskussionsgrundlage für Gespräche über wichtige Fragen von Kirche und Welt verabschiedet werden sollte.

Von den Synodalen kam außer einem einzigen Antrag auf Zurückweisung der gesamten Vorlage, der von den drei Bischofsvikaren, dem Ordinariatskanzler und dem Diözesanfinanzkammerdirektor gezeichnet war, keinerlei Reaktion. Als Begründung führte dieser Antrag die Vorgangsweise an, daß mit der Vorlage nur die Synodalen befaßt wurden; außerdem würde hier ein neues Selbstverständnis der Kirche eingeführt; die Darlegung sei typisch journalistisch und unwissenschaftlich; viele inhaltliche Aussagen seien theologisch noch nicht abgeklärt und ausdiskutiert und könnten darum von einer Synode nicht als richtungweisend und autoritativ(!) verabschiedet werden. Diese Argumentation blieb maßgeblich, obwohl sie auf Mißverständnissen beruht, da eine „autoritative“ Verabschiedung nie vorgesehen war, für die Vorgangsweise aber die Synode bzw. deren Leitung, jedenfalls nicht der Ausschuß zuständig war. – Der Ausschuß machte sich den Antrag nicht zu eigen, nahm allerdings am Text noch (46) Klarstellungen vor und legte in dem von vornherein geplanten Vorwort den Charakter des Textes unmißverständlich dar. Mit diesem Vorwort lag der Text der dritten Synodensession vor.

Die Vorlage enthielt zunächst „geistesge-